

German U15 bezieht Position

Forschungsstarke Universitäten äußern sich zum geplanten Forschungsdatengesetz und geben Empfehlungen für die Lehrkräftebildung.

Im Verein German U15 haben sich fünfzehn große forschungsstarke Universitäten mit vollem Fächerspektrum, aber ohne profilgebende Ingenieurwissenschaften Ende 2012 zusammengeschlossen. Derzeit steht der Präsident der Universität Mainz, der Physiker Georg Krausch, als Vorstandsvorsitzender an der Spitze des Vereins. Ziel der Interessensvertretung ist es, gemeinsame Ziele zu definieren und Strategien für ihre Umsetzung zu formulieren. Kürzlich hat sie Positionspapiere zum geplanten Forschungsdatengesetz und der Lehrkräftebildung veröffentlicht.¹⁾

Ein Forschungsdatengesetz mit eindeutigen und anwendungsorientierten Regeln sieht German U15 als Voraussetzung, um in Zukunft Daten sicher zu nutzen und Innovationen sowie gesellschaftliche Transformationen voranzutreiben. Dabei sei ein besonderer Schutz personenbezogener und sensibler Daten nötig, der die Forschung aber nicht durch weitere bürokratische Hürden einschränke – insbesondere mit Blick auf die medizinische Versorgung und das Gesundheitssystem. Begleitend zur Gesetzgebung sei es wichtig, unter anderem den Aufbau und Betrieb von Dateninfrastrukturen zu stärken und die Datenkompetenz in Forschung, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft gezielt auf- und auszubauen.

Die schulische Bildung stehe laut German U15 vor einer tiefgreifenden Transformation bedingt durch den dramatischen Mangel an Lehrkräften in den kommenden Jahren. Es gelte, die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Folgen dieses Umbruchs durch Ad-hoc-Maßnahmen abzufedern und für die Zukunft grundsätzliche Änderungen

bei der Lehrkräftebildung anzustreben. Zum Beispiel sei es sofort möglich, beim Quer- und Seiteneinstieg in das Lehramt ein spezifisches Qualifikations- und Fortbildungsangebot zu schaffen, wenn Schulen und Universitäten dazu gezielt zusammenarbeiteten. Langfristig könne eine höhere internationale Mobilität dafür sorgen, das Lehramt attraktiver zu machen. Von der Politik fordert das Positionspapier, die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Darüber hinaus brauche es ausreichend Personal und Mittel, um kurz- wie langfristige Maßnahmen gezielt umzusetzen.

Kerstin Sonnabend

Im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik

Der Deutsche Hochschulverband (DHV) hat Leitlinien für Wissenschaftskooperationen mit autoritären Staaten formuliert.

In seinen Leitlinien schließt der DHV eine Zusammenarbeit mit autoritären Staaten nicht grundsätzlich aus, da bei Problemen wie Klimawandel oder Gesundheitsschutz möglichst globale Kooperationen und Vereinbarungen nötig seien.²⁾ Er weist aber darauf hin, dass eine Zusammenarbeit mit solchen Staaten ein Balanceakt sei. Zum einen sei es nötig, unterschiedliche Kulturen und Herangehensweisen zu berücksichtigen, zum anderen müssten Kooperationsvereinbarungen sicherstellen, dass keine unerwünschten Vereinnahmungen oder Abhängigkeiten entstehen.

Besonders wenn es um militärisch nutzbare Forschung geht, sei eine erhöhte Sensibilität erforderlich. Hier werden die Forschenden aufgerufen, Beratungsangebote aus der Politik und der Scientific Community zu nutzen, um einzuschätzen, ob eine Kooperation vertretbar ist.

Allerdings könne in manchen Fällen eine weitere Zusammenarbeit auch nicht mehr möglich sein. Als Beispiel nennt der DHV den Abbruch der Zusammenarbeit mit Russland aufgrund des Angriffskriegs gegen die Ukraine. Übrig blieben dann nur

noch einzelne private Verbindungen von Forschenden.

Da wissenschaftliche Forschung nicht in einem politikfreien Raum stattfindet, nimmt der DHV auch das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in den Fokus.³⁾ Grundsätzlich sei ein besseres gegenseitiges Verständnis zwischen beiden wichtig. Der DHV weist darauf hin, dass politische Voreinstellungen nicht ungefiltert auf wissenschaftliche Arbeiten durchschlagen dürften. In der Arena des politischen Meinungskampfes sei für Zuspitzung und Polarisierung viel, für Zwischentöne und Differenzierungen oft wenig Platz. „Letztere sind aber in Gesellschaften, die sich zunehmend in von Empörungswellen getragenen Meinungsblasen bewegen, wichtiger denn je“, betonte der neue DHV-Präsident Lambert T. Koch. Der Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Rektor der Universität Wuppertal folgte Anfang April auf Bernhard Kempen, der seit 2004 an der Spitze des DHV stand.

Anja Hauck / DHV

DFG: Neue Schwerpunktprogramme

Die DFG richtet sechs neue Schwerpunktprogramme (SPP) ein, die ab 2024 zunächst drei Jahre lang insgesamt rund 44 Millionen Euro erhalten werden. Sie decken die fachliche Breite von den Ingenieurwissenschaften bis zu den Naturwissenschaften ab. Alle Programme sind stark interdisziplinär ausgerichtet und zeichnen sich durch den Einsatz innovativer Methoden aus. Zu den neuen SPP zählen:

- Kombinatorische Synergien (Kordinator: Christian Stump, U Bochum)
- Messtechnik auf fliegenden Plattformen (Andreas Fischer, U Bremen)
- Klimaneutraler Beton (Eduardus Koenders, TU Darmstadt)
- Lebende Materialien mit adaptiven Funktionen (Aránzazu del Campo Bécares, Leibniz-Institut für Neue Materialien, Saarbrücken)
- Hybride Entscheidungsunterstützung in der Produktentstehung (Iris Gräßler, U Paderborn)

1) bit.ly/3UAxW7c (PDF) und bit.ly/3UxxRRX (PDF)

2) www.hochschulverband.de/aktuelles-terminen/klare-abgrenzung-aber-keine-abschottung

3) www.hochschulverband.de/aktuelles-terminen/politische-zurueckhaltung-ist-eine-staerke-und-keine-schwaecher